

Sifa-Post

Neues zu Sicherheit und Kriminalität

27. Februar 2008

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Aktion gegen Kriminalität

Postfach 23

CH-8416 Flaach

Tel: 052 301 31 00

Fax: 052 301 31 03

PC-Konto: 87-370818-2

mail to: info@sifa-schweiz.ch

*Für den Inhalt ist verantwortlich:
Ulrich Schlüer, Präsident sifa*

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns Änderungen
Ihrer E-Mail-Adresse mitteilen.

Kriminalstatistik 2007 der Kantonspolizei Zürich

Sorgenkind Jugendgewalt

Gemäss der neuesten Statistik der Kantonspolizei Zürich (KRISTA 2007) nehmen die Gewaltdelikte weiter massiv zu, während die Kriminalitätsrate insgesamt gesunken ist.

Besonders bei Jugendlichen lässt sich eine markante Zunahme der Gewaltintensität feststellen, Konfrontation wird geradezu gesucht. In vielen Fällen erfolgt die Wahl der Opfer zufällig. Als Waffen kommen vor allem Messer und teilweise auch Baseballschläger zum Einsatz. Die Zahl der erfassten

jugendlichen Tatverdächtigen ist im Kanton Zürich von 4969 Tatverdächtigen auf 5300 gestiegen. Ende der Neunziger Jahre lag diese Zahl noch bei rund 2500 Tatverdächtigen.

Markant zugenommen haben im Jahr 2007 auch die jugendlichen Räuber (plus 59,7 Prozent). Auch bei den Delikten gegen die sexuelle Integrität (plus 19,7 Prozent) und Sachbeschädigungen (plus 15,2 Prozent) sind Jugendliche im Vormarsch. Der Anteil Jugendlicher an allen Tatverdächtigen im Kanton Zürich liegt bei 13,9 Prozent.

Gewalt hat «Migrationshintergrund»

Laut Bernhard Herren, Chef der Kriminalpolizei des Kantons Zürich, sind Jugendliche «mit Migrationshintergrund» – besonders aus dem Balkan – in der Täterschaft überproportional vertreten. Gesamthaft gesehen liegt die Zahl der ermittelten jugendlichen Tatverdächtigen bei schweren Handlungen gegen Leib und Leben leicht unter dem letztjährigen Schnitt (691 Fälle, minus 2,5 Prozent). Schockierend ist aber die Schwere der Straftaten: Es finden sich darunter drei versuchte und zwei vollendete Tötungsdelikte. Und es ist festzustellen: Pro Tag finden im Durchschnitt im Kanton Zürich fast zwei von Jugendlichen begangene schwere Straftaten gegen Leib und Leben statt.

Fall Ismet

Zwei Tötungsdelikte sind noch in bester Erinnerung: Im August 2007 wurde an der Street Parade ein 18jähriger Schweizer von einem 16jährigen Thailänder erstochen. Im Januar 2007 starb am Bahnhof Hedingen ein Mann, nachdem er von einem damals 16jährigen Serben namens Ismet, der ein Jahr zuvor eingebürgert worden war, zusammengeschlagen worden war. Der 16jährige Täter, Lehrling in Hedingen, sei den dortigen Behörden bekannt, sagte der Sicherheitsvorsteher der Gemeinde Hedingen. Der Bursche halte sich oft in der Szene auf, die beim Bahnhof und beim Weiher von Hedingen herumhänge. Die jungen Leute fielen durch Lärm, Schmutz, Sachbeschädigungen und Pöbeleien immer wieder negativ auf. Ismet wurde verhaftet, ein Verfahren wegen

fahrlässiger Tötung eingeleitet. Nach zwei Wochen nach dem Tötungsdelikt in Hedingen kam er bereits wieder frei. «Wir haben die Persönlichkeit des 17Jährigen abgeklärt», sagte Jugendanwalt Felix Bieri. «Aus damaliger Sicht bestand keine Wiederholungsgefahr.» Ein gefährlicher Justizirrsinn: Im Zürcher Club X-tra wird neun Monate später ein 17Jähriger brutal zusammengeschlagen. Er wurde schwer am Kopf verletzt. Drei Jugendliche wurden als Täter verhaftet. Unter ihnen auch Ismet, der Totschläger von Hedingen.

Bereits 2006 hatte der Zürcher Polizeikommandant gefordert, dass straffällig gewordene ausländische Jugendliche konsequent ausgeschafft werden müssten. Dieses Jahr hielt er sich mit solchen Aussagen zurück. Etwa deshalb, weil ihm sein Vorgesetzter, CVP-Sicherheitsdirektor Hans Holenstein, für solche Schlussfolgerungen – trotz Fall Ismet – einen Maulkorb umgehängt hatte? Tatsache ist, dass die Forderung des täglich an der Front eingesetzten Polizisten mit der Einreichung der SVP-Ausschaffungsinitiative endlich politisch aufgenommen worden ist.

Kriminelle Ausländer ausweisen!

Klartext im Kampf gegen die Gewaltkriminalität junger Ausländer hat kürzlich ein Kollege Herrens, der Berliner Jugendstaatsanwalt Roman Reusch gesprochen. Reuschs Aussagen betreffen zwar Berlin und nicht Zürich. Sie lassen jedoch die Probleme absehen, die auch auf Zürich zukommen könnten. Reusch wurde vom rot-roten Senat in Berlin übrigens für seine klaren Aussagen abgestraft und auf eine andere Stelle strafversetzt.

Reusch hatte im Dezember 2007 bei einem Vortrag in der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung dafür plädiert, bei generell nicht abschiebbaren Ausländern, soweit sie gefährlich seien, über «Sicherheitshaft nachzudenken, die im Falle freiwilliger und kontrollierter Ausreise aufzuheben wäre». Zuvor sagte der Oberstaatsanwalt zudem, jugendliche Straftäter sollten «auch allein zu Erziehungszwecken in Untersuchungshaft gesteckt» werden.

Reusch sagte weiter über zielbewusstes Vorgehen gegen Serientäter: *«Hilfreich und vor allem sofort wirksam wäre bereits der Einsatz von mehr ‹Grün› (das heisst mehr Polizei) auf der Strasse. Die öffentlichen Räume in den betroffenen Gebieten müssen der Herrschaft krimineller Jugendlicher deutlich sichtbar für alle wieder entrissen werden. ... Es muss erreicht werden, dass besonders auffällige ausländische Kriminelle ausser Landes geschafft oder sonst ‹aus dem Verkehr› gezogen werden können, damit sie – insbesondere nachwachsenden Kindern und Jugendlichen – kein Beispiel mehr geben und andere zur Nachahmung animieren können. Als abschreckendes Beispiel würden sie aber präventiv wirken.»*

Und über die Bekämpfung der Ursachen sagte Reusch: *«Eine grundlegende Änderung würde wohl nur durch ein Umsteuern in dem Sinne bewirkt werden können, dass das gesetzgeberische Ziel der Integration der Zugewanderten durch Einführung eines Prüfsteins der Integrationswilligkeit und -fähigkeit durchgesetzt würde. Ein Ausländer sollte erst dann eine Niederlassungserlaubnis erhalten, ... wenn er die Gewähr böte, sich zumindest künftig zu integrieren. ... Ziel muss es sein, alle hier lebenden Ausländer, die einen dauerhaften Aufenthalt anstreben, zu Integrationskursen zu verpflichten – und zwar auf eigene Kosten –, sofern sie dessen bedürfen.»*

Über die Folgen unterlassener Massnahmen führte Reusch aus: *«Die Ereignisse in Holland, Frankreich und nicht zuletzt in London haben gezeigt, dass das Unterlassen einer sei es auch erzwungenen Integration sogar geeignet ist, den Weg zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu bereiten. Mindestens ist aber zu erwarten, dass bei ungehindertem Fortschreiten der gegenwärtigen Entwicklung innerhalb weniger Jahre immer grösser werdende Bereiche Berlins und anderer Ballungsräume zu No-go-Areas verkommen würden.»*

Bernhard Herren und Roman Reusch sind Praktiker. Die Politik sollte endlich auf sie hören – statt ihnen Maulkörbe zu verpassen (Zürich) oder sie in die Verbannung zu schicken (Berlin).

Reinhard Wegelin/sifa

Einladung zum sicherheitspolitischen Stammtisch der sifa

Mittwoch, 27. März 2008, 19.30 Uhr

Restaurant Löwen, Zürcherstrasse 216, 8500 Frauenfeld

Thema:

Innere Sicherheit und Ausländerpolitik

Referenten:

**Marcel Schenker, Kantonsrat,
Vorstandsmitglied sifa, Homburg TG**

**Hermann Lei, Gemeinderat,
Rechtsanwalt, Frauenfeld**

Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion mit Ihnen zu den aktuellen Problemen der Sicherheitspolitik.

Der Eintritt ist frei. Gäste sind herzlich willkommen.

***Wir bitten Sie: Verbreiten Sie diesen Kommentar an alle Ihnen
zugänglichen Adressen.***

Werden Sie sifa-Mitglied.

Informationen erhalten Sie bei:

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 0041 (0)52 301 31 00

Fax 0041 (0)52 301 31 03

info@sifa-schweiz.ch

Besuchen Sie die «sifa» im Internet:

www.sifa-schweiz.ch